

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbt d



Inhalt

42. Jahrgang / 140

28. Juli 1987

Dr. Willfried Penner MdB
zum Koalitionsstreit über
das Schicksal der 14 Chi-
lenen: Schamlos und be-
schämend.

Seite 1

Manfred Wagner MdEP zur
Stahl-Resolution des Euro-
päischen Parlaments: Eine
Selbsterstörungsoperation.

Seite 3

Horst Peter MdB zur Ent-
wicklung in Südkorea: Die
europäische Arbeiterbewa-
gung ist gefordert.

Seite 4

Dokumentation
Die Gefangenenhilfsorgani-
sation amnesty international
kam in ihrem Jahres-
bericht 1986 zum Schluß,
daß politisch Verdächtige
in Chile systematisch gefol-
tert werden.

Seite 6

Schamlos und beschämend

Zum Koalitionsstreit über das Schicksal der 14 Chilenen

Von Dr. Willfried Penner MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Genscher und Blüm warnen gleichermaßen davor, eine „klein-
karierte innenpolitische Auseinandersetzung“ um die 14 vom
Tode bedrohten Chilenen zu führen; sie wie andere in der
Koalition tun dies aber doch. Die in der Öffentlichkeit aus-
einandertriftenden Akteure sind um Glaubwürdigkeit bemüht,
dennoch sind sie zutiefst unglaubwürdig. Bei all dem ist die
Position des Bundeskanzlers, der sich zurückhält, völlig un-
klar.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb gestern eine Sonder-
sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Innenausschus-
ses beantragt. Wir wollen dabei unsere Forderung unterstrei-
chen, den 14 Chilenen unverzüglich die Einreise zu gestat-
ten.

Ich halte den Streit im Koalitionslager für ebenso schamlos
wie beschämend. Dem anscheinend um die Wahrung der Inne-
ren Sicherheit bemühten, aber gegenüber Folterungen offen-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressahaar 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by Westfälische Rundschau
Reprinting-Press



bar immunen Bundesinnenminister Zimmermann, steht Norbert Blüm gegenüber, der sich als Schützer politisch Verfolgter ausgibt. Dabei geht es um das Leben und die Gesundheit von Menschen.

Bundeskanzler Kohl kann in dieser Frage auf Leben und Tod nicht abseits stehen, er darf es nicht zulassen, daß in einer solchen Frage eine Abonnementvorstellung im Sommertheater mit drittklassigen Akteuren aufgeführt wird.

Für die Bundesrepublik Deutschland steht ihr Ruf als eines Staates, der auf die Menschenrechte verpflichtet ist, auf dem Spiel. Bundeskanzler Kohl darf das große politische Erbe seiner Vorgänger weder durch Tun noch durch Unterlassung bedenkenlos verschleiern.

Die Bundesregierung und die Parteien müssen bei Folter alles tun, damit die Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen oder im Innenpolitischen Sommertheater beschworen werden, sondern damit sie gelebte Verfassung sind.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß nach der Inszenierung der Polit-Grotesken „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“, „Strafbarkeit für Vermummung“ und „GSG 9-Einsatz bei Demonstrationen“ nunmehr das Drama „Die 14 Chilenen“ vorgeführt werden soll. Man geht sicher nicht fehl, Heiner Geißler als Autor und Regisseur zu verdächtigen.

Wie auch immer: Wir müssen auf einer klaren und schnellen Entscheidung des Bundeskanzlers zugunsten der 14 Chilenen bestehen.

(-/28.7.1987/rs/ks)



Eine Selbsterstörungsoperation**Zur Stahl-Resolution des Europäischen Parlaments****Von Manfred Wagner MdEP****Stahlberichterstatter des Europäischen Parlaments**

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament verurteilt die schädlichen krisenverschärfenden Stahl-Liberalisierungsvorschläge der EG-Kommission. Sie wird ihren entschlossenen Kampf gemeinsam mit den europäischen Stahl- und Metallgewerkschaften gegen diesen Plan im Rahmen des jetzt vorgelegten Stahl-Programms verstärken. Weitere parlamentarische Initiativen meiner Fraktion zur wirksamen Bekämpfung der brennenden Stahlkrise sind angezeigt.

Das von der Kommission vorgeschlagene, um die besonders gefährdeten Produktgruppen Walzdraht und Stabstahl reduzierten und zeitlich kurzatmige Quotensystem steht in krassem Widerspruch zu der mit großer Mehrheit beschlossenen Stahl-Resolution des Europäischen Parlaments vom 14. Mai 1987. Es bedeutet eine wirtschafts- und beschäftigungspolitische unverantwortliche Selbsterstörungsoperation für die gesamte europäische Stahlindustrie zugunsten von Drittland-Importen.

Diese schädlichen Kommissions-Vorstellungen führen zwangsläufig zu einem Chaos auf dem europäischen Stahlmarkt mit katastrophalen, existenzbedrohenden Folgen für die betroffenen Stahlunternehmen sowie zur Vernichtung weiterer tausender Stahlarbeitsplätze. Insbesondere die von der lang anhaltenden Stahlkrise am härtesten betroffenen Montankrisen-Regionen in der EG - wie die Montankrisen- und Grenzregion Saarland-Lothringen-Luxemburg - die bereits sehr hohe wirtschaftliche und soziale Opfer hinnehmen mußten, werden zu wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Katastrophengebieten verwüstet, wenn die Pläne realisiert werden. Explosive soziale und politische Konflikte sind dann nicht mehr auszuschließen.

Die EG-Kommission handelt als „hohe Behörde“ (Artikel 8 Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) folglich wissentlich gegen wichtige wirtschaftliche und soziale Bestimmungen und Ziele des Montanvertrages (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl).

Ich fordere als parlamentarischer Stahlberichterstatter den Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors eindringlich auf, diesen Konfliktkurs der EG-Kommission gemeinsam mit den besonnenen Kommissionsmitgliedern sofort zu beenden. Das krisenverschärfende Kernstück des vorgelegten „Stahl-Antikrisenplans“ ist unverzüglich zurückzunehmen und die Forderungen des Europäischen Parlaments sowie die diesbezüglichen Vorschläge des beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in die Tat umzusetzen. Es geht dringend um die Fortsetzung und Verbesserung des EG-Stahlkrisensystems für drei bis vier Jahre und damit der bestehenden Quotenregelung einschließlich der bisher dem Artikel 88 unterliegenden Produktgruppen Walzdraht und Stabstahl mit dem Ziel der weitestgehenden Beschäftigungssicherung, der Marktstabilisierung, der Sicherung ausreichender Erlöse sowie der Beseitigung und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen.

In diesem Zusammenhang lehne ich, wie ich bereits in der Wirtschaftsausschuß-Sitzung des Europäischen Parlaments am 16. Juli 1987 in Brüssel gegenüber EG-Vizepräsident Narjes begründete, die vorgeschlagene besondere Stahlumlage - wesentlich zur Finanzierung von Stilllegungprämien vorgesehen - eindeutig ab.

Dagegen begrüße ich ausdrücklich die Vorschläge über umfassende, zusätzliche Sozialflankierung und die entscheidend verbesserten regionalen Förderprogramme zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen sowie die dafür vorgesehene massiv verstärkte Mittelbereitstellung. Sie finden volle Unterstützung.

Ein verstärkter Außenschutz durch Mengenbegrenzung der Drittlandimporte sowie die Beschleunigung und Verbesserung der Antidumpingverfahren gegen Stahlbilligimporte muß jedoch dringend dazukommen.

(-/28.7.1987/rs/ks)



Solidarität mit Südkorea

Die europäische Arbeiterbewegung ist gefordert

Von Horst Peter MdB

Die Welt hat wieder einmal Grund, nach Südkorea zu schauen. Dort wollen die Menschen das Joch der jahrzehntelangen Diktatur endlich abschütteln. Wird es ihnen diesmal gelingen?

Über seine Bündnisbindung an die USA zählt Korea ideologisch zum Westen. Deshalb sollten wir die Entwicklung im fernen Korea mit dem Interesse verfolgen, mit dem wir auch die Entwicklung im nahen Polen verfolgen. Wie 1980 in Polen und Korea sollen heute in Polen und Korea die politischen und sozialen Freiheitsrechte durchgesetzt werden.

In Korea müssen drei Pfade der Entwicklung beobachtet werden:

- Wie werden sich die USA verhalten?
- Wie ernsthaft ist die Kompromißbereitschaft, mit dem sie den Weg zur politischen Demokratie freimachen, der gegenwärtig Herrschenden.
- Wird die Entwicklung über die Installation der politischen Demokratie hinausgehen und auch die industriellen Beziehungen verändern?

Erinnern wir uns erst einmal an die Lage 1980. Damals wurde die aufkeimende demokratische Entwicklung in Korea unter der tätigen Mithilfe der USA vom koreanischen Militär zusammenkartätscht: „Um die amerikanischen Positionen in Südkorea zu verstehen, gilt es daran zu erinnern, daß es sich um das einzige Land in der Region handelt, wo amerikanische und einheimische Truppen einem gemeinsamen amerikanischen Oberkommando unterstehen. Die Entsendung eines Elitetruppenteils zur blutigen Unterdrückung der Demonstrationen in Kwangju und zur schließlichen Eroberung der Stadt nach einem neuntägigen Aufstand wurde von dem amerikanischen Oberkommandierenden, General John Wickham, gegengezeichnet. Dasselbe gilt für den Militäraufmarsch in Seoul, der zur Einschüchterung der dort demonstrierenden Studenten gedacht war, aber die Ausschreitungen nur auf die Spitze trieb“, schrieb Peter Croma am 5. Juni 1980 in der „Frankfurter Rundschau“. Nach dem Sturmangriff auf Kwangju zählte man über 1.000 Tote. Hinzu kommen entsprechende Zahlen an Verwundeten und Verhafteten. 180 Luftwaffensoldaten, deren Stützpunkt in unmittelbarer Nähe des militärischen Einschließungsringes lag, wohnten dem Massaker als „neutrale Beobachter“ bei.

Über das Massaker schrieb die „Süddeutsche Zeitung“: „Chungs Spezialeinheit war nach der Verhängung des unbegrenzten Kriegsrechts zur Auflösung von Demonstrationen nach Kwangju entsandt worden und hatte durch die Brutalität, mit der ihre Soldaten 170 unbewaffnete Demonstranten, unter ihnen auch viele Mädchen und sogar Kinder sowie alte Leute, mit ihren Bajonetten niederstachen oder wie Freiwillige abschossen, erst jenen allgemeinen Aufstand einer fassungslosen und empörten Bevölkerung ausgelöst, der Militär und Polizei vorübergehend zum Rückzug aus der Stadt veranlaßte.“

Einer der Kommandeure in Kwangju war damals Roh Das Woo. Damals erklärte Präsident Carter: Die USA könnten die Beziehungen zu Südkorea nicht abbrechen, „nur weil diese den Menschenrechten nicht den gleichen Rang zumessen wie wir“. Die äußere Sicherheit Koreas vor „kommunistischer Subversion und Aggression“ ginge vor.

Man fragt sich, wenn schon der selbsternannte Menschenrechts-Bewahrer Carter die amerikanischen Interessen über die amerikanischen und seine Prinzipien gestellt hat, was kann nun von Reagan, der nur



mühsam daran gehindert werden kann, täglich zum Kreuzzug gegen den Kommunismus aufzurufen, erwartet werden. An einer Eskalation in einer bürgerkriegsähnlichen Situation im Jahr der Olympischen Spiele, die diese und schließlich auch die strategische Position, die die USA mit Südkorea halten, gefährden, sind die USA nicht interessiert. Um der Entwicklung die Spitze zu nehmen, werden sie auf eine demokratische Öffnung drängen. „Aus diesem Grund und nicht wegen des abstrakten Prinzips Demokratie“, wie Karl Grobe die Entwicklung in den Philippinen kommentierte, werden sie das koreanische Militär zügeln, „wieder einmal, wohl kaum zum letztenmal“. Sollte die Entwicklung trotzdem zur Gefährdung der amerikanischen Position in Korea führen, werden die USA diese weitergehende Entwicklung mit den bekannten Methoden stoppen?

Solange Korea nicht bereinigt ist, sind die amerikanischen Erklärungen - und in der Bundesrepublik die der CSU/CDU - gegenüber Polen wenig glaubwürdig. In Korea steht aber auch die amerikanische und christdemokratische Verknüpfung von innerer Liberalität im sowjetischen Block und Abrüstungsvertragspolitik auf dem Prüfstand, erheben doch die „Menschenrechts“-Ideologen des Westens die Beachtung der Menschenrechte im Warschauer Pakt und die sowjetische Afghanistan-Politik zum Glaubwürdigkeitstest für die Bereitschaft der UdSSR zu Entspannung und Abrüstung, für deren Vertragstreue.

Bis jetzt zielt der erreichte Kompromiß nur auf die Installation der politischen Demokratie - wann auch mit Ausschlußklauseln. So nimmt Roh Dae Woo in seinem Programm diejenigen, die Angriffe gegen den Staat führten, aus seinem Amnestievorschlag heraus. Für die europäische Arbeiterbewegung wie auch für die Betroffenen selbst ist von Interesse, ob auch der soziale Charakter des koreanischen Entwicklungsmodells verändert wird. Dieses Modell erlaubte die Erzielung einer beispiellosen Steigerungsrates des Bruttosozialproduktes: 12,5 Prozent waren es 1986.

Bezahlt haben diese Rate die koreanischen Arbeitnehmer/innen. Die ILO stellte fest, daß die Arbeitszeit mit 54,3 Stunden wöchentlich weltweit die längste ist, die Zahl der Arbeitsunfälle seit 1983 die höchste weltweit ist. Auch bundesdeutsche Unternehmen wie der Textilkonzern Adler profitieren von diesen Verhältnissen: dessen Arbeiterinnen verdienen zwischen 130 und 330 DM monatlich, der Durchschnittslohn liegt noch um 100 DM unter dem Mindestlohn, den der regierungstreue Gewerkschaftsbund fordert. Gearbeitet wird im Akkord in Zwölf-Stunden-Schichten, pro Woche 72 Stunden. Die Arbeitsbedingungen bei Adler gelten als katastrophal.

Demokratie, Koalitionsfreiheit und die Verbesserung der ökonomischen Situation und der Arbeitsbedingungen der koreanischen Arbeiter/innen sind unauflöslich miteinander verknüpft und von deren Stand hängt die Rolle, die Korea am Weltmarkt spielt, ab. Hier ist die internationale Solidarität der europäischen Arbeiterbewegung besonders gefordert - und man muß hinzufügen, im eigenen Interesse. Unter der Diktatur wuchs Korea in die Rolle hinein, die Japan für die Herolde der freien Marktwirtschaft wie den Grafen Lambsdorff lange Zeit gespielt hat. Japan kann nicht mehr von Lambsdorff den europäischen Arbeitnehmern als Springtafelchen vorgehalten werden, mit dem die „Japanisierung“ der industriellen Beziehungen erzwungen werden soll, nachdem das japanische Modell selbst Risse zeigt.

Jetzt gilt es mit dafür zu sorgen, daß nicht Korea als Beispiel für die „asiatischen Taten“ genommen werden kann, um die industriellen Beziehungen in Europa im Niveau zu senken. Es gilt dafür zu sorgen, daß die industriellen Beziehungen in Korea auf europäisches Niveau gehoben werden können. Der Sieg der politischen Demokratie in Korea wäre eine notwendige Etappe auf dem Weg dorthin, Ausgangspunkt für die Entwicklung zu einer sozialen Demokratie. (-/28.7.1987/rs/ks)



DOKUMENTATION

amnesty international: Systematische Folterung von Verdächtigen in Chile

Nach Feststellungen der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international wird in Chile systematisch gefoltert, um Informationen oder Geständnisse zu erpressen oder die Bevölkerung einzuschüchtern. Diese Bestandsaufnahme enthält der Jahresbericht 1986 der Organisation, der im November vergangenen Jahres erschienen ist. Nach Ansicht von Experten hat sich im Grundsätzlichen seither in Chile an der Repression des Regimes gegen seine politischen Gegner nichts geändert. Wir dokumentieren aus dem Jahresbericht 1986 von amnesty international einige Passagen.

Wie in den vergangenen Jahren wurde Folter eingesetzt, um Informationen oder Geständnisse zu erpressen, und zunehmend auch, um die Bevölkerung einzuschüchtern, indem man einzelne Personen zur Bestrafung herausgriff. Berichte, die amnesty international erhielt, legten ein Muster der systematischen Folterung von Verdächtigten offen, die von der Nationalen Geheimpolizei CNI (Central Nacional de Informaciones) verhaftet worden waren. Diese ist befugt, verdächtige Personen „aus Sicherheitsgründen“ in geheimen Haftzentren zu halten. Bei einer beträchtlichen Anzahl von Fällen wurden auch die Carabineros (uniformierte Polizei) und Investigaciones (Kriminalpolizei in Zivil) der Folter beschuldigt.

amnesty international intervenierte in zahlreichen Fällen mutmaßlicher Folterung und drängte die Regierung, die Beschwerden zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Sie betonte, daß es zur Verhütung von Folter unbedingt erforderlich sei, die routinemäßige Anwendung der Incommunicado-Haft abzuschaffen und die geheimen Haftzentren zu schließen. Die Organisation war besonders besorgt darüber, daß Versuche von Familienangehörigen, Rechtsanwälten und sogar Richtern, Zugang zu den Häftlingen zu erhalten, regelmäßig vereitelt wurden und daß die meisten Haftprüfungsanträge (recurso de amparo) von den Gerichten abgewiesen oder verzögert wurden. amnesty international erfuhr 1985 von keinem Fall, in dem ein Gericht über einen Haftprüfungsantrag innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden entschieden hätte.

In einigen wenigen Fällen bestätigten zivile Gerichte die Anwendung von Folter, nämlich dann, wenn es einzelnen Richtern gelang, sich Zugang zu den in den Haftprüfungsanträgen genannten Gefangenen zu verschaffen, oder nach Todesfällen in Haft. So stellten Untersuchungsrichter fest, daß Hugo Vázquez Peña, der am 14. Januar in Gewahrsam der Investigaciones starb, der Folter zum Opfer gefallen war, genauso wie Carlos Godoy Etchegoyen, der am 25. Februar in einer Polizeistation der Carabineros starb. José Randolph Segovia, der am 26. Mai ebenfalls nach Verhaftung durch die Carabineros zu Tode kam, und Pablo Yuri Guerrero, der im Juli in der incommunicado-Haft bei der CNI schwere Verletzungen erlitt.

Folter wurde auch von bewaffneten Geheimtrupps angewendet, die verantwortlich waren für die zunehmende Zahl von Entführungen und Einschüchterungsversuchen, insbesondere Morddrohungen. Diese paramilitärischen Gruppen, die sich manchmal als Mitglieder der Chilenischen Antikommunistischen Aktion (Accion Chilena Anticomunista - ACHA) bezeichneten, waren für gewöhnlich schwer bewaffnet, fuhren Autos mit falschen Nummernschildern und griffen ihre Opfer am helllichten Tag an, zuweilen in belebten Straßen oder in deren eigenen Wohnungen; manchmal trugen sie dabei Kapuzen. Sie benutzten geheime Haftzentren, Waffen und nachrichtendienstliche Technik, die normalerweise nur mit staatlichen Sicherheitskräften in Verbindung gebracht werden, und es wurde weiterhin angenommen, daß sie Beziehungen zu den staatlichen Sicherheitsbehörden unterhielten.

(-/28.7.1987/rs/ks)

* * *